

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe anzusehen. Redaktion: S.W. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 282-293. Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag

22. Juni 1925

Berlin und Anzeigenverteilung: Geschäftszeit 9-5 Uhr. Verleger: Vorwärts-Verlag Ombö. Berlin S.W. 66, Cindensstraße 3. Fernsprecher: Dönhof 2500-2507.

Die Zollvorlage im Reichstag.

Die Änderungen durch den Reichsrat.

Die Zollvorlage der Reichsregierung ist nunmehr gestern, nachdem bereits heute die Beratung des 199 Seiten umfassenden Entwurfes beginnen sollte, dem Reichstag zugegangen. Die Beratung wurde bekanntlich vertagt. Die Vorlage enthält die Agrarzölle in gänzlich unveränderter Fassung. Der Brotwucher soll also ebenso wie die starke Verteuerung von Fleisch, Milch und Fettprodukten auch nach den Wünschen des Reichsrates platzgreifen. Maßgeblich ist diese Stellungnahme des Reichsrates nicht, da sie bekanntlich zustande kam, ohne daß Preußen seine Stimmen geschlossen abgeben konnte. Die Provinzialvertreter Preußens haben gegen den Antrag der preußischen Staatsregierung gestimmt, der die Beseitigung der Mindestzölle für Getreide vorsah.

Einige Abänderungen weist die Zollvorlage gegenüber ihrer ursprünglichen Fassung auf dem Gebiete der Industriezölle auf. Diese sind jedoch so unerheblich, daß der Charakter des Tarifes als ein Hochschutzzolltarif keineswegs beeinträchtigt wird. Im Gegenteil sind neben einigen unwesentlichen Ermäßigungen von Zollsätzen einige Positionen neu geschaffen worden. So sollen die Arzneimittel Morphium und Acodein mit einem Zollsatz von 10 000 Mark pro Doppelzentner oder 15 bis 20 Proz. des Wertes belastet werden. Die Zölle auf Baumwollensätze als Meterware sollen gegen bisher vierfach werden, die Zölle auf Tiergarne wurden vom Reichsrat noch einmal verdreifacht, diejenigen auf seine Tiergarne (Mohair, Alpaca usw.) werden teilweise sogar auf das Achtfache erhöht. Verteuert werden ferner die Zollsätze auf grobe Fußbodenteppiche, z. B. aus Jute oder Kokosfasern, wie sie besonders für die kleineren Haushaltungen in Betracht kommen. Hier wird der Zollsatz für gewebte Kokosteppiche auf das Acherthalfache erhöht.

Bei Metallwaren ist man den Protesten der verarbeitenden Industrie insofern entgegengekommen, als man die geplante Zollerhöhung für Bleche gestrichen hat. Diese Streichung ist deswegen so bezeichnend, weil die Regierung in der ersten Fassung der Zollvorlage ausdrücklich behauptet hatte, die Blech erzeugende Eisenindustrie sei auf die Zollerhöhung angewiesen. Man scheint sich also in Regierungskreisen über die so oft und so laut betonte „Notwendigkeit“ von Schutzzöllen durchaus nicht klar zu sein. Unverändert blieben die phantastisch hohen Automobilzölle. Der Zoll auf Stanniol (Zinnblech) wurde vom Reichsrat um die Hälfte in die Höhe gesetzt.

Die Sozialdemokratie wird den Kampf gegen die Hochschutzzollvorlage im Reichstag mit aller Entschiedenheit aufnehmen. Infolge der Differenzen innerhalb der Regierungsparteien steht es noch immer nicht fest, wann die erste Lesung des Entwurfs stattfinden soll.

Zollkampf und KPD.

Eine notwendige Mahnung zur Vernunft.

Die deutschen Kommunisten haben bekanntlich beschloffen, ihre Taktik zu ändern. Sie wollen sich nicht mehr dem Vorwurf aussetzen, daß ihr Verhalten unmittelbar der Reaktion zugute kommt. Wie wird sich diese neue Taktik im Zollkampf auswirken?

An dem ernststen Willen der Sozialdemokratischen Partei, die Arbeiterschaft vor einer Verteuerung ihrer Lebenshaltung durch Zölle zu schützen, kann vernünftigerweise nicht gezweifelt werden. Versuche, die Sozialdemokratie als „Verräterin“ zu entlarven, sind also zum mindesten auf diesem Gebiet völlig aussichtslos.

Meinungsverschiedenheiten kann es höchstens darüber geben, auf welchem Wege das Ziel am besten zu erreichen ist. Die Sozialdemokratie wird sich diesen Weg selber suchen und ihn der gegebenen Lage anpassen. Ratschläge, die man ihr erteilt, wird sie prüfen. Man wird es ihr aber nicht verdenken können, wenn sie sich gegenüber den Ratschlägen, die ihr von kommunistischer Seite kommen, etwas vorsichtig verhält.

Gerade als Lehrmeisterin der Taktik besitzt die KPD. wirklich keinen ungefochtenen Ruf. Zu oft hat sie schon ihre eigene Taktik preisgeben müssen. Zu oft schon hat sie das, was sie früher getrieben hatte, für falsch erklärt und die dafür verantwortlichen Führergarnituren abgelagert.

Wären wir in früheren Situationen den dringlichen, im Ton der Unfehlbarkeit vorgetragenen Ratschlägen der Brandier und Thalheimer oder der Kah und Scholem gefolgt, so müßten wir uns jetzt von der KPD. selber sagen lassen, wir seien Esel gewesen. Wäht sich doch niemals im voraus bestimmen, ob man nicht dadurch, daß man der augenblicklichen KPD.-Parole folgt, eine „rechte“ oder eine „linke Abweichung“ begeht!

Augenblicklich, man weiß nicht für wie lange, ist Frau Ruth Fischer in der KPD. die tonangebende Zentralperson. Solange sie den Segen Mostaus besitzt, hat ihr jeder deutsche Bolschewik unbedingt zu parieren.

Die deutschen Sozialdemokraten sind aber keine Bolschewiki, sie erlauben sich noch immer, ihren eigenen Kopf zu haben. Sie werden ihn auch im Zollkampf behalten und ihn nicht mit dem der Frau Ruth Fischer vertauschen.

Die Sozialdemokratie hat den Willen zum Kampf, und sie stellt die Massen zu diesem Kampf. Die Kommunisten sind nur eine kleine Minderheit. Wäre es ihnen mit ihrer „neuen Taktik“ ernst, so müßten sie die Sozialdemokratie im Zollkampf vordeshalb unterstützen.

Werden sie das tun? Die Haltung der kommunistischen Presse läßt diese Hoffnung nicht zu. Statt die Arbeiter objektiv über die Bedeutung des Kampfes aufzuklären, beschränkt sich die kommunistische Presse darauf, der Sozialdemokratie in kreischendem Ton Vorhaltungen zu machen und ihren Lesern einzureden, die verruchte SPD. sei schon wieder einmal drauß und dran, Arbeiterinteressen schändlich zu „verraten“.

Dieses kommunistische Pressegeschrei nehmen wir nicht ernst. Mit desto größerer Entschiedenheit möchten wir darauf aufmerksam machen, daß in den bevorstehenden Reichstagskämpfen für derartige Hanswursterien kein Raum sein wird. Die Sozialdemokratie führt den Kampf! Nachdem die Kommunisten Hindenburg zum Reichspräsidenten gemacht haben, werden sie es sich nicht leisten können, auch noch der Sache des Brotwuchers zu dienen, indem sie der Sozialdemokratie in den Rücken fallen.

Ein paar gänzlich Vernagelten wird die KPD. vielleicht den Glauben beibringen können, daß die Taktik der Sozialdemokratie falsch und von verräterischen Absichten diktiert sei. Die erdrückende Mehrheit der Arbeiterschaft versteht aber in Dingen, bei denen es um ihre Lebensinteressen geht, keinen Späß! Sie wird nicht dulden, daß der ernste, nach wohlwollenden Regeln geführte Kampf der Sozialdemokratie durch kommunistische Räkchen gestört wird.

Arbeitsteilung.

Der Brotwucher und die Hugenbergpresse.

Als die Zollvorlage der Reichsregierung mit den wucherischen Getreidemindestzöllen dem Reichsrat zugeht, fand der „Lokal-Anzeiger“, daß es noch nicht genug des Brotwuchers sei, und erklärte, „der Bogen sei noch nicht genug gespannt“.

Das hieß den Lesern des „Lokal-Anzeiger“ etwas viel zumuten, und der „Lokal-Anzeiger“ ist seitdem in der Frage der Getreidezölle schweigsamer geworden. Aber Herr Hugenberg besitzt neben dem „Lokal-Anzeiger“ noch den „Tag“, der sich vom „Lokal-Anzeiger“ nur dadurch unterscheidet, daß er einen anderen Leitartikel hat. Was bei den Lesern des „Lokal-Anzeiger“ Anstoß erregen könnte, wird im „Tag“ verzapft. So schreibt Herr Schulze-Pfäelzer im „Tag“:

„Tatsächlich würde keine deutsche Regierung auf die Dauer ohne Getreidezölle auskommen, denn die landwirtschaftliche Produktion in Deutschland ist so teuer geworden, daß sie nur mit Hilfe fester Präventivmaßnahmen aufrechterhalten oder gesteigert werden kann. Agrarzölle ohne Mindesttarife pflegt profitorisch meist feiner zu sein, denn beim Abschluß von Handelsverträgen einschließt man sich oft am ehesten zur Durchlöcherung des Agrarschutzes. Wenn die Agrarmindestzölle hoch angelegt würden, so müßte man angesichts unserer schwierigen inneren sozialen Lage in der Tat bedenklich sein. Nun ist aber die Belastung wirklich im Verhältnis zu der heutigen allgemeinen Preiskalaminität minimal. Man kann doch die Landwirtschaft nicht ohne zollpolitische Kompensation lassen, wenn sie die neuen Industriezölle mittragen muß und sich schon jetzt in einer wenig rosigen Lage befindet. Mit der Sozialdemokratie ist in den Fragen der Agrarzölle jetzt doch nicht zu reden, und so sollten wenigstens die bürgerlichen Gruppen Vernunft annehmen.“

Die Belastung durch den Getreidezoll beträgt mindestens 25 Proz. des Getreidepreises — das nennt der „Tag“ eine „minimale Belastung“. In den bürgerlichen Parteien bestehen starke Bedenken gegen den Getreidemindestzoll — aber der „Tag“ redet ihnen zu, vernünftig zu sein und sich zu Dienern des agrarischen Sonderinteresses zu machen.

Herr Hugenberg hat seine beiden Ausgaben. In der einen werden die kleinen Leute eingeleist — ihnen braucht man ja nicht gerade alles zu sagen, was man will. In der anderen tröstet man die Interessenten: seht ihr, wir sind brav für den Brotwucher. Das nennt man Arbeitsteilung!

Fortgang der Börsenflaute.

Die neue Woche eröffnete mangels jeglicher Anregung in lustloser Haltung. Das Kursniveau, das sich am letzten Sonntag im Freiverkehr der Banken erhalten hatte, unterlag heute einheitlich neuerlichen Abschlüssen. An den führenden Aktienmärkten konnte die Tendenz demzufolge als ausgesprochen schwach bezeichnet werden. Der herannahende Ultimo macht sich am Geldmarkt dadurch fühlbar, als Monatsgeld so gut wie nicht zu haben ist, und die Interessenten für ihre Bedürfnisse daher tägliches Geld in Anspruch nehmen. Der Zinssatz hierfür entsprach aus dieser Sachlage noch keine Veränderung und beträgt 7½ bis 9 Proz., Monatsgeld 10 bis 11½ Proz. Wenn auch im Verlauf der Börse zu den ermäßigten Kursen verschiedentlich Dedungen stattfanden, so wurde hierdurch zunächst doch keine grundlegende Erholung der erniedrigten Anfangskurse bewirkt.

Die glatte Regierung, die sich hin bepuscht war, hat, um sich gegen bolschewistische Propaganda zu schützen, die Häfen des Bundes für den Sowjetdampfer „Waclaw Worowski“ gesperrt.

Gewissensfreiheit?

Der Beschluß der Heidelberger Philosophischen Fakultät gegen Dr. Gumbel.

Von Felix Fehrenbach.

Auf Staatskosten hat die Philosophische Fakultät der Universität Heidelberg eine Broschüre drucken lassen, die den Beschluß der Fakultät zum Disziplinarverfahren gegen den bekannten Pazifisten Privatdozent Dr. Gumbel enthält. Schon zweimal war von der Heidelberger Universität gegen Dr. Gumbel wegen der Art seiner politischen Betätigung Antrag auf Suspendierung von der Lehrtätigkeit an das badische Kultusministerium gerichtet worden. In beiden Fällen wurde diesen Anträgen nicht stattgegeben. Auch die verschiedenen Hoch- und Landesvertragsverfahren, die vom Oberreichsanwalt gegen Dr. Gumbel eingeleitet waren, mußten wieder eingestellt werden, wenn anders sich der Oberreichsanwalt nicht eine grenzenlose Blamage holen wollte. blieb also nur noch ein Disziplinarverfahren, das von einem Untersuchungsausschuß der Universität Heidelberg durchgeführt und durch den in der genannten Broschüre niedergelegten Beschluß der Philosophischen Fakultät vom 16. Mai 1925 getrübt wurde. Darin kommen die Heidelberger Professoren zu dem Resultat, daß der Antrag auf Entziehung der Lehrtätigkeit nicht zu stellen sei, daß der Fakultät aber „die Zugehörigkeit Dr. Gumbels zu ihr als durchaus unerfreulich erscheint“.

Bei Beurteilung dieses Beschlusses ist es wesentlich, zu wissen, daß unter den drei Beisitzern des Untersuchungsausschusses sich ein völkischer Privatdozent befand. In dem ganzen Verfahren wurde nicht etwa die wissenschaftliche Leistung Dr. Gumbels und seine Eignung zum Hochschullehrer, sondern die politische Seite seiner Persönlichkeit einer Untersuchung unterzogen. Während die Fakultät gleich auf der ersten Seite der Broschüre Dr. Gumbel eine ausgesprochene Demagogennatur nennt, kommt sie später zu dem Resultat, er sei ein fanatischer Idealist.

„Er glaubt an seine Sache, den Pazifismus, und an seine Mission darin. Leidenschaftlich und voll Haß steht er allem gegenüber, was ihm Gewalt, Nationalismus, Tendenz zu künftigen Kriegen scheint. Wo dieser Idealismus in Frage kommt, hat er Mut, nicht nur die Zivilcourage, zu sagen, was er denkt, sondern den Mut zum Wagnis seines Lebens.“

Ein Mann von diesen hohen sittlichen Qualitäten ist den zünftigen Professoren unerwünscht. Sie machen ihm geradezu einen schweren Vorwurf daraus, daß er trotz des gegen ihn eingeleiteten Verfahrens seine politischen Ueberzeugungen weiterhin verfocht, „statt durch Zurückhaltung der gegen ihn angehäuften Mißstimmung Rechnung zu tragen.“

Der Ausschuß spricht den politischen Arbeiten Dr. Gumbels jedes Niveau ab. Gemeint ist dabei Gumbels Buch „Der Jahre Nord“. Tatsächlich hat aber das Reichsjustizministerium dieses Buch zur Grundlage einer Denkschrift gemacht, in der alle Angaben Gumbels bestätigt werden. Auf die wissenschaftlichen Leistungen Dr. Gumbels wird nicht eingegangen. Der Beschluß der Fakultät spricht nur kurz von einer Reihe von wissenschaftlichen Arbeiten und erklärt dann: „Der Ausschuß ist außerstande, über ihren wissenschaftlichen Wert ein Urteil zu gewinnen.“ Das ist eine sehr bequeme Art, der Anerkennung wissenschaftlicher Leistung des politischen Gegners auszuweichen. Nichts wäre leichter gewesen, als durch Zuziehung des Gelehrten, der Dr. Gumbels Arbeiten der Heidelberger Akademie der Wissenschaften vorlegte, sich ein klares Bild von deren wissenschaftlicher Bedeutung zu verschaffen. Es hätte auch die Möglichkeit bestanden, einen Fachmann zu befragen. Schließlich entscheidet doch über die Eignung zum Privatdozenten nicht die politische Ueberzeugung, sondern die wissenschaftliche Leistung. Aber der Fakultät scheinen die politischen Beweggründe ihres Handelns entscheidender gewesen zu sein. Und die gleiche Fakultät, die Dr. Gumbel die Fähigkeit abspricht, sich in die Denkweise anderer hineinzuversetzen, läßt recht deutlich werden, daß sie selbst dazu außerstande ist. Sie scheint nicht zu wissen, daß weiteste Kreise des deutschen Volkes den Krieg, die politischen Morde, die Rechtsjustiz und die Vorbereitung zum Rachekrieg ablehnen und Dr. Gumbels Arbeiten in dieser Richtung bejahen.

Die ganze Broschüre der Fakultät zwingt zu der Annahme, daß es sich hier nicht um eine objektive Untersuchung handelt, sondern um den Versuch, einen politischen Gegner in der Öffentlichkeit herabzusetzen. Trotzdem beschuldigt die Fakultät Dr. Gumbel, gegen den sie in dieser unerhörten Weise verfährt, des Mangels an korporativer Solidarität und sieht darin eine Gefahr für ihr einheitliches Wirken. Sie muß aber an anderer Stelle zugeben, daß Dr. Gumbel in seinen Universitätsvorlesungen keine politischen Tendenzen verfolgte.

Einen außerordentlich interessanten Vergleich mit dem Verfahren gegen den Pazifisten Dr. Gumbel bietet das Verfahren gegen den nationalsozialistischen Professor Dr. Marschall von Bieberstein. Bei einer Reichsgründungsfeier am 17. Januar 1925 der Universität Heidelberg führte er in seiner Rede neben anderen Ausfällen gegen den heutigen Staat u. a. aus:

„An dem Geseckrecht gemessen, waren objektiv die Willensakte der Usurpatoren, der Herren Ebert, Haack und Genossen, die sich angebliche Befehlsgewalt beilegte, doch nichts als Hochverrat. Sie konnten keineswegs der Nationalversammlung die Befugnis geben, die vorläufige Reichsgewalt zu schaffen. Die müßte ihr auf andere Weise werden.“

Die Studenten versanden dies sofort richtig und fangen auf einem Fackelzug, den sie zusammen mit dem Jungdeutschen Orden und dem Wikingbund veranstalteten, das Ehrhardt-Lied. Der Senat der Universität bedauerte diese Entgleisungen und das Ministerium forderte Herrn von Bieberstein auf, das Manuskript vorzulegen. Er weigerte sich und erklärte: diese Stellen ständen zwar im Manuskript, er habe aber die Absicht gehabt, sie nicht zu verlesen. (1) In der Erregung habe er sie aber gelesen. Ein starkes Fieber habe seine Zurechnungsfähigkeit beeinträchtigt. (1) Auf gut deutsch heißt das, in der Erregung habe er gesagt, was er ursprünglich habe sagen wollen.

Gegen Herrn von Bieberstein wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet, das damit endete, daß man ihm eine n. Verweis erteilte. Ihm kann man nicht den Vorwurf machen, daß er — wie Dr. Gumbel — die Zivilcourage habe, zu sagen, was er denkt. Er redet sich auf Erregung und starkes Fieber hinaus und kommt mit einem Verweis davon, der praktisch eine Freisprechung bedeutet. Herr von Bieberstein hat eben eine in Universtitätskreisen erwünschte politische Gesinnung. Anders bei Dr. Gumbel. Er ist Pazifist, tritt mannhaft für seine Ueberzeugung ein und seine politische Gesinnung wird von den zünftigen Professoren als „unerfreulich“ empfunden. Er wird deshalb, da ihm weder strafrechtlich noch in bezug auf die Disziplinarordnung etwas vorzuwerfen ist, formell freigesprochen. Aber das geschieht in einer Form, die eine öffentliche Diffamierung, also praktisch eine Verurteilung bedeutet.

Die Broschüre der Heidelberger Fakultät ist zwar öffentlich verschickt worden, aber hauptsächlich an rechtsstehende Zeitungen. Man scheint also den Wunsch zu haben, daß der merkwürdige Spruch der Heidelberger Professoren von der republikanischen Presse keiner Kritik unterzogen wird. Wir möchten hier mit aller Deutlichkeit den Beschluß der philosophischen Fakultät in Heidelberg als das kennzeichnen, was er ist: eine unerhörte Beeinträchtigung der Gewissensfreiheit, die mit den Bestimmungen der Reichsverfassung nicht vereinbar ist. Und wir sind überzeugt davon, daß nicht nur weiteste Volkstiefe diesen Beschluß als eine Provokation empfinden, sondern daß insbesondere auch eine große Zahl von Universtitätsprofessoren aufs höchste empört sind über diese unglaubliche Verletzung der Gewissensfreiheit eines Gelehrten.

Gegen das Aufwertungskompromiß. Luther und die Aufwertung.

Es handelt sich nicht um den Reichskanzler Luther, wenigstens nicht sogleich, sondern um Martin Luther. Im „Reichsboten“ wendet sich Landesuperintendent Rische aus Bismarck an die Rechtsparteien des Reichstags und redet ihnen wegen des Aufwertungskompromisses ins Gewissen. Er schreibt:

„Gottes heilige Gebote, die wir ins Volk hineinpredigen haben und die trotz aller menschlichen Ueberhebung das Fundament eines geordneten Staatswesens bleiben werden, werden, so fürchten wir, durch jenen Kompromiß auf das empfindlichste verletzt. Daher müssen wir rufen: „Umkehr, solange es noch Zeit ist!“

„Betrug nennen es manche. Das ist nicht richtig, denn es fehlt der böse Wille. Aber wer will es ihnen ausreden, daß sie sich betrogen fühlen? Hoch und heilig hat doch der Staat versichert, daß er für das eingezahlte Geld garantiere, und nun wird dies Versprechen gebrochen.“

„Weiter: Hat nicht die Kirche sich voll und ganz für die Kriegsanleihen eingesetzt mit ihrem Vermögen und auch mit ihrem Wort zur Empfehlung der Kriegsanleihezeichnungen? Ihr Vermögen wird ihr genommen, und der Ausfall seiner Zinsen muß nun durch Steuern der Kirchenglieder ersetzt werden. Ihre Legate für Arme werden ihr genommen, und sie hat nicht mehr die Mittel, der Armut zu helfen. Die ihr anvertrauten Stiftungen für Gräber gehen weg, und diese müssen verwahrlosten. Und ihr Wort?

Schlechte Zeiten im Herrn.

Von Richard Rainer.

Zur Stärkung des Vertrauens in die eigene Sieghaftigkeit und zur Versicherung jenes ungewissen strategischen Faktors, den die militärischen Schriftsteller mit Schlachtenglück bezeichnen, pflegen die kriegsführenden Parteien aller Zeiten den Segen Gottes auf ihre unterschiedlichen Waffen herabzusehen, jenes Gottes, der bekanntlich Eisen wachsen ließ, seine Knechte wollte und immer der „unser“ ist. Man glaubte sich seines Bestandes am sichersten zu vergewissern, wenn man ihn zum „Herrn der Heerscharen“ ernannte. Wenn die Sache brenzlich stand und das Geschütz, diese ultima ratio regum, vom Feinde genommen war, konnten die obersten Kriegsherrn das heilige Gebet als ultimissima ratio gebrauchen und alle Verantwortung von ihren Staatsvölkern auf „den da oben“ abwälzen, der schließlich alles zum Besten führen wird. Die Römer freilich nahmen die Sache etwas genauer und ernannten nicht den Gott zum Feldherrn, sondern ihre Caesaren zum Gotte, was den Vorteil barg, daß auf der greifbaren Person des Imperators die göttliche und menschliche Verantwortung zugleich ruhte, und man ihn zum Teufel jagen und seine Altäre stürzen konnte, wenn die Sache schief ging. Da dieser praktische Brauch jedoch abhanden kam, seit das Christentum zur Staatsreligion wurde, ist der gute alte liebe Gott nach und nach zum Generalissimus à la suite sämtlicher Armeen der Christenheit erhoben worden. Es ist ersichtlich, daß diese Sammeleigenschaft ihn im Ernstfälle jedesmal in arge Verlegenheit setzen mußte. Wahrscheinlich wird er das Schlachtenglück dann mit einigen seiner liebsten Heiligen bei einer Partie Rah Jong ausgeknobelt haben. Katholische Armeen suchten darum beizellen sich zugleich des Wohlwollens der prominentesten Heiligen zu verschern. Hierher gehört auch die militärische Laufbahn des heiligen Anton von Padua. Im Jahre des Herrn 1625 stellte der portugiesische Vizekönig von Brasilien ein brasilianisches Regiment unter die besondere Protektion des Heiligen. Anton von Padua wurde darauf zum Obersten ernannt, und die „kleinen Schwestern der Armen“ empfingen regelmäßig seine etatmäßige Jahresgage. Dazumal waren gute Zeiten für die Diener des Herrn.

Jetzt aber sind schlechte Zeiten angebrochen für Gott und seine Diener im Himmel und auf Erden. Die brasilianischen Staatskrieger kümmern sich mehr um profane Staatsfragen als um das Wohlergehen der Heiligen. Vielmehr möchten sie sich um Gedanken gemacht haben über die recht ungewöhnliche Art der Verwendung öffentlicher Gelder zu wohltätigen Zwecken auf dem Umwege über die planlose Liebesstätigkeit einer privaten Korporation frommer Schwestern. Ob nun sozialpolitische oder finanzpolitische Gründe hier den Ausschlag gaben, auf jeden Fall sind es recht unheilige und verdammenswerthe moderne Ideen gewesen, die in der brasilianischen Seele vorgingen, denn nach einer Konferenz mit dem

Wer kann ihr noch Glauben schenken, wenn sie künftig einmal für Liebeswerke und vaterländische Zwecke wirkt? Wird man nicht gegen sie den schmerzlichen Vorwurf erheben: Ihr habet euch des Betruges teilhaftig gemacht?“

Kurzum: Es wird durch jede Abwertung ein solches Kapital von Glauben an Gott, das Vaterland und die Kirche, von Gerechtigkeitsinn, von Treue, von Ehre, von edler Gesinnung in den weitesten Kreisen unseres Volkes vernichtet, daß die Wirkungen der Revolution dagegen nur ein Kinderpiel sind.“

„Dr. Martin Luther hat das 7. Gebot so erklärt: „Wir sollen Gott fürchten und lieben, daß wir dem Nächsten sein Geld oder Gut nicht nehmen, noch mit falscher Ware oder Handel an uns bringen, sondern ihm sein Gut und Nahrung helfen bessern und behüten.“

Dieses Gebot darf in keinem Stille übertreten werden, sonst fällt die Verletzung unter sein Gericht.“

Ich wünschte, daß ich in tiefster Ehrerbietung dem Herrn Reichskanzler gleichen Namens, ich denke auch gleichen Blutes und gleicher Gesinnung, zurufen dürfte: „Halte dich an das Wort deines großen Vorfahren!“ Wo wird sonst die Reichstreue im besten Teil der Vaterlandsfreunde bleiben? Wo sonst die Rechtsregierung bei den nächsten Wahlen?“

Wir verstehen die Erregung, die aus diesem Appell spricht, aber wir fragen: wo waren die Gewissensmahnungen in der Zeit, als Hesse und Sinnes am Werke waren und die Inflation weitertrieben?

Stadtverordnetenwahl in Thale.

Verdoppelung der sozialdemokratischen Mandate.

Halberstadt, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) In Thale (Hara) fand am Sonntag die Neuwahl der Stadtverordnetenversammlung statt, die infolge eines Formfehlers zuerst ungültig erklärt worden war. Es haben erhalten:

Sozialdemokraten 10 Sitze (am 4. Mai 5 Sitze)
Kommunisten 2 „ („ 4 „ 5 „)
Zentrum 1 „ („ 4 „ 1 „)
Bürgerliche Gruppen zusammen 11 „ („ 4 „ 12 „)

Die Zahl der sozialdemokratischen Mandate ist demnach verdoppelt.

Reichsbannertage.

Rundgebungen in Halberstadt und Münster.

Halberstadt, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand hier eine große republikanische Rundgebung statt, an der sich circa 10000 Personen beteiligten. Auf dem Domplatz nahm das Mitglied des Bundesvorstandes des Reichsbanners, Erwin Wagdeburg, die Weihe von 7 Reichsbannern vor. Die Festrede hielt Kamerad Ebert-Berlin. An dem Festzuge beteiligten sich circa 6000 uniformierte Reichsbannermittglieder, die auf ihrem zweistündigen Marsche Gegenstand lebhaftester Ovationen der Bevölkerung waren, die sie mit einem wahren Blumenregen überschüttete.

Münster i. W., 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Zu einer gemaligen Rundgebung für die Republik gestaltete sich die Bannerweihe des Reichsbanners „Schwarz-Rot-Gold“ Münster, das seit Jahr und Tag im Zeichen reaktionärer Veranstaltungen steht. Aus den beiden westfälischen Gauen, aus Hamburg und dem Rheinlande waren die Republikaner zusammengeströmt. Schon am frühen Vormittage erklangen in den Straßen republikanische Lieder, zogen die Besucher der Veranstaltung zu Hunderten zum größten Saalbau der Stadt, dem Schützenhof.

Nachmittags marschierten die auswärtigen Ortsgruppen des Reichsbanners zum Schloßplatz, wo die Weihe des Banners stattfand. Der große Platz war voll besetzt. Die Weiherede hielt Kamerad Peus-Deffau, Präsident des anhaltinischen Landtages. Er weihte das Banner der sozialen Republik, dem großdeutschen Gedanken, der Idee der vereinigten Staaten von Europa. Wir sind im Reichsbanner zum Schutze der Republik bestellt; nicht Keuschheitsleiten, nicht militaristische Absichten befehlen uns. Wir wollen das ganze Volk erlassen für die wahre Freiheit in der demokratischen Republik, wollen sie schützen mit dem inneren Siege der Repu-

Kriegsminister und dem Premierminister erging im brasilianischen Armeeverordnungsblatt folgende Anordnung: „Colonel St. Anton von Padua vom 2ten Regiment ist nach dreihundertjähriger Dienstzeit unter Förderung zum General der ehrenvolle Abschied erteilt worden.“

Oder wollte man in Brasilien irgendwo einmal mit der Abrüstung anfangen?

Komödienhaus: „Der letzte Kuß“.

Wenn alle Operetten so hübsch, so spannend, so grazios und sinnvoll ablaufen, wie dieser letzte Kuß, dann wird aus dem Winter unseres Mißvergnügens ein glänzender Operettenommer werden. Man spürt aus dem Buch den Geist eines feinen Kopfes, Sey-Dea u. heraus, der mit eleganter Handbewegung die Karten mischt, eine nette Idee ohne jede Nähe auf die Spitze treibt, niemals langweilig und ganz frei ist von Brüderie wie von verwegener Deutlichkeit. Charmant, daß Kessler den Esprit des Franzosen im Deutschen unverfälscht gelassen hat.

Ein Baron, größter Bonivant von Paris, verlobt sich mit einer reichen Baronesse und bringt es fertig, unter vielerlei Verwicklungen, noch am Tage der Unterzeichnung des Ehekontraktes, in Gegenwart der Hochzeitsgesellschaft, mit der Rabarberdiva einen Kuß, den letzten Kuß zu tauschen. Wenn auch der vornehme Geist des Brauthauses ein Kreuz schlägt vor soviel Unverschämtheit, die moderne Braut findet diesen Casanovaakt sehr schön. Sicher heiratet sie den hübschen Bengel im dritten Akt. Es ist allerdings wirklich schwer, sich von Trude Hesterberg loszureißen. Diese wilde Hummel, dieser blutvolle Mensch, gibt sich so wahr, so naturhaft und raffig, daß jeder Blick und jede Bewegung zündet. Im Finale des zweiten Aktes hat sie, sprechend und singend, in apachenhafter Aufwallung ihres Temperamentes das Publikum ganz bezwungen. Ihr Partner Vespermann ist von einer herrlichen Ruhe, die jeder schlimmen Situation trotzt. Ilse Ruth, das zarte Element, rosig und lieblich, Irma Godau, feil und modern, Silvia, behäbig und doch gelenkig, radebrechend, Hans Hermann Schausch, grotesk, — alle verbreiteten heitere Stimmung.

Robert Winterberg schrieb eine vorzügliche Partitur dazu. Die Couplets von Adam und Eva, vom Papagei, von den Spahen auf dem Dach werden bald gesungen und getanzt werden. Das Beste aber an der Musik ist ein feiner Unterton von Wichtigkeit und Parodie, der nicht bequom instrumental bleibt, sondern wirklich zum Gesamtwert gehört. Parodie sowohl auf Oper wie auf Operette, wie auf komische Situationen überhaupt. Die Musik ist zwar rhythmisch noch immer gut und geschickt gemacht, aber die Melodie in ihrer Einfachheit herrscht doch vor; die Gleichförmigkeit des alten Step oder Jimmy macht dem wienersischen Walzer gern wieder einmal Platz. Ein großer, ein gerechter Erfolg, an dem auch der Dirigent Schmidt-Gentner seinen Anteil hat. R. S.

Das alte Regime im Schauspielhaus. Der Bühnenverein hat im Einvernehmen mit dem preussischen Kultusministerium dem letzten kaiserlichen Generalintendanten Grafen Hülsen-Haeseler im alten Konzertsaal des staatlichen Schauspielhauses ein Deut-

blüt den Frieden unter den Völkern befestigen für alle Zeiten. Im Festlokale sprach zunächst Dr. Böhmner-Wagdeburg, der die Grüße des Bundesvorstandes des Reichsbanners übermittelte. Für den Bau weifliches Bestalens redete Kaufsekretär Schmidt-Dorimund. Viel Beachtung fanden die Ausführungen des Zentrumsvertreters Dr. Reimer-Keddinghausen, der seine Freunde im Zentrum, das sich leider in Bestalens dem Reichsbanner gegenüber ablehnend verhält, aufforderte, mit allen Kräften für Schwarz-Rot-Gold einzutreten. Landtagsabgeordneter Reyer-Rheine wies darauf hin, daß der Reichsbannergedanke fordere, alles an Opfern zu bringen für diesen unseren Staat. Wir verkörpern den Geist, für den wir das ganze Volk erfassen wollen, um die Republik fest zu verankern. Als der Abgeordnete sich mit scharfer Betonung gegen die unbestraften fortdauernden Verschimpfungen der Reichsfarben wandte, für die Rechte der leidenden Volksschichten und gegen die Einseitigkeit der Justiz sprach, löste er stürmischen Beifall aus. Mit einem Hoch auf die Republik, das Reichsbanner und seine Ziele endete der Festakt.

Der Dolchstoß des Rechtskabinetts.

Deutschnationale Opposition gegen den Sicherheitspakt.

Bremen, 22. Juni. (Eigener Drahtbericht.) Während sich die deutschnationale Presse in Berlin in der Kritik des Sicherheitsvorschlages der Reichsregierung begrifflicherweise starke Zurückhaltung aufgesetzt hat, tobt sich die deutschnationale Provinzpresse um so heftiger gegen den Sicherheitsvorschlag aus. Das Organ der deutschnationalen Volkspartei in Bremen, die „Rationale Rundschau“, leistet sich folgenden Lobhudeleinsatz:

„Man möchte seinen Augen nicht trauen, man möchte es nicht für möglich halten, daß ein Minister, der die Interessen des deutschen Volkes gegenüber fremden Völkern zu wahren hat, solche Vorschläge hinter dem Rücken des deutschen Volkes den Feinden vorzulegen sich unterfangen könnte. Die deutsche Reichsregierung selbst hat den in Ost und West von uns getrennten Stammesgenossen rührende Abschiedsworte und Trauegelübnisse nachgerufen, und jetzt arglose Abschlüßung, Dolchstoß! Das Reich schüttelt die Achseln über ihr Volkstum ringenden Zustandsdeutschens schände von sich ab, liefert sie ohne Trost, Schutz und Hoffnung an ihre Feinde aus. Wir machen eine solche Ehrlosigkeit nicht mit. Das deutsche Volk erblickt sich diese neudeмократische Kabinettspolitik, die heimlich sein Recht, seine Ehre verspielt und seine Brüder in der Not verrät.“

Es ist also die Tatsache zu verzeichnen, daß ein deutschnationales Blatt die deutschnationalen Reichsminister, die hinter Stresemanns Außenpolitik stehen, als Dolchstößer bezeichnet und diese deutschnationalen Minister „neudeмократischer Kabinettspolitik“ beschuldigt. Wie lange wird es noch dauern, bis die deutschnationalen „Retter“ ganz zum alten Eisen geworfen werden?

Die Zahlungen der Reichsbahn.

Der Dawes-Plan verpflichtet die Deutsche Reichsbahn, ihre Reparationszahlungen jedes halbe Jahr an den Generalagenten abzuführen. Da bei diesem Robus eine gewisse „Lücke“ in der Kasse des Generalagenten entstanden wäre, haben Generalagent und Reichsbahngesellschaft das Abkommen getroffen, daß die Reichsbahn jeden Monat ein Sechstel der zum Halbjahr fälligen Zahlung leistet. Dafür gewährt der Generalagent der Reichsbahn einen Diskont (Zahlungsermäßigung) von 6 Proz.

Die Pleitegeier im Rechtsblock.

Zu unserer Zuschrift vom Sonntag teilt uns die Zeitungsgesellschaft Ludwig Banzhoff, in deren Verlag die Blätter „Der Südwesten“ und „Schöneberger Morgenzeitung“ erscheinen, mit, daß die Nachricht von einem Eingehen der beiden Zeitungen in keiner Weise den Tatsachen entspricht. Wir stellen mit Bedauern fest, daß wir einer falschen Information zum Opfer gefallen sind.

Das Stillstandsverbot, d. h. der Konventionentwurf der völkerbundlichen Waffenhandelskonferenz, ist von dem deutschen Vertreter v. Ward und von den Vertretern weiterer 26 Staaten in Genf unterzeichnet worden.

mal sehen lassen. Für den Bühnenverein war natürlich im kaiserlichen Deutschland die Teilnahme des Herrn von Hülsen an seinen Tagungen eine besondere Ehre. Zugegeben. Aber was kümmert uns das im republikanischen Deutschland? Sind die Theater der Republik dafür da, um kaiserlichen Hofchargen, die zur Kunst abkommandiert waren, Denkmäler zu setzen? Wie kommt das Kultusministerium dazu, dem Bühnenverein solche Kompetenzen einzuräumen? Noch außer wirkt das Denkmal als Demonstration für das kaiserliche Regime. Was Hülsen persönlich ein noch so sympathischer Mensch gewesen sein, er war der Vertreter der von Wilhelm kommandierten Kunst, er trug bei den Galavorstellungen den Stab, er war Hofcharge, der seinem kaiserlichen Herrn und blutigen Kunstdekorationen die prunkhaften Inszenierungen und Balletts befohle. Rügen ihm in Amerongen oder wo immer Denkmal gesetzt werden, in unserem annoch republikanischen Schauspielhaus hat, wie der Herr, so der getreue Diener nichts mehr zu suchen. Der Landtag sollte dafür sorgen, daß das ausfotografierte Denkmal das Haus wieder verläßt.

Das gefälschte Extrablatt. Alle möglichen Dinge sind schon von geriebenen Fälschern nachgemacht worden: Banknoten, Urkunden, Bilder, Unterdriften. Wohl einzig dastehend dürfte aber der Fall sein, daß jemand ein Extrablatt fälscht, indem er es selbst erdenkt, selbst anfertigt und auch noch selbst verkauft. Dieses Kunststück hat kürzlich ein junger Mann, namens Tammenbaum, in Wien fertig gebracht. Wohl vertraut mit der Gier der Leute nach sensationellen Neuigkeiten, hatte er folgenden Text auf der Schreibmaschine vervielfältigt: „Extraausgabe. Uttenal auf Dr. Benesch. Der tschechoslowakische Außenminister Dr. Benesch kam heute um halb ein Uhr mittags aus Paris auf dem Franz-Joseph-Bahnhof an und wurde von dem Mitglied eines Geheimbundes durch einen Schutz in die Bauchhöhle schwer verletzt. Der Täter ist entkommen. Letzter Bericht: Dr. Benesch wurde in das Sanatorium Löw gebracht.“ Das Blatt, das mit zwanzig Groschen verkauft wurde, land reisenden Absatz und erreichte die Aufmerksamkeit der Polizei. Diese nahm den genialen Herausgeber, Drucker und Verkäufer dieses famosen Extrablattes fest. An der ganzen Nachricht war kein wahres Wort.

Preussisches Städtebaugesetz. Das preussische Ministerium für Volkswirtschaft hat kürzlich den Fachverbänden Grundzüge für die Aufstellung eines Gesetzes zur Aufstellung und Durchführung von Siedlungs- und Bebauungsplänen (Städtebaugesetz) zur Stellungnahme übermittelt. Die preussischen Landesbezirke des Bundes Deutscher Architekten haben Bedenken gegen den Entwurf erhoben, und nach Eingang der Gutachten hat die Hauptverwaltung des Bundes dahin Stellung genommen, daß nicht irgendeine Erneuerung des ohnehin veralteten Fachschulgesetzes für die Förderung des Städtebaues von Wert sein könne, sondern nur ein in allen Fachkreisen beratenes Städtebaugesetz, das die wichtigsten Gebiete umfasse.

Spanisches Gold? Der in New-York eingetroffene Chemiker Kagalofa erklärte Reporter (die in Amerika nicht immer zuverlässig sind), daß es ihm gelungen sei, aus Ithaca ein wenig Gold herzustellen. Er hat eine gewisse Menge dieses so des einen Ameriker gezeigt. Dr. Kagalofa brachstigt, sich zu dem internationalen Forscherkongress, der im nächsten Monat in Brüssel eröffnet werden wird, zu begeben. (Wahrscheinlich handelt es sich um Gold, das aus Dresden genommen ist.)

Jahrtausendfeier im Saargebiet. Treu zu Deutschland.

Saarbrücken, 22. Juni. (WZ.) Die Jahrtausendfeier der Rheinlande wurde in der Stadt Saarbrücken, die in einem Meer von Fahnen, Flaggen, Wimpeln, Laub und Tannengrün prangt, am Sonnabend abend 8 Uhr durch ein halbstündiges feierliches Festgelaute von allen Türmen eingeleitet. Alle Turn- und Sportvereine hatten sich auf dem Sportplatz im St. Johannes-Stadtwald versammelt, um den Veranstaltungen beizuwohnen. Bei Beginn der Dunkelheit wurde zur Begehung der Sonnenwendfeier ein riesiger Scheiterhaufen im Talkeßel errichtet und in Brand gesteckt, während Rassenchöre saarländische Lieder erklingen ließen. Darauf hielt Pfarrer Reichard eine von ungeheurer Jubel der Menge, die Kopf an Kopf die Höhen um den weiten Talkeßel säumte, aufgenommene Gedenkrede, in der er die ewige und treue

Jugehörigkeit des Saarlands zu Deutschland

heraushob, wofür die heutige Feier ein Beweis sei, die jedem, der hören und sehen könne, zeige, wohin das Schicksal der Bevölkerung gehe. Die Volksabstimmung im Jahre 1935, in der wir entscheiden sollten, ob wir zu Frankreich oder zu Deutschland gehören, oder ob wir ein Völkerbundsstaat sein wollen, habe das Saarland dem Grunde nach bereits lange und deutlich für Deutschland entschieden. Sie könne nicht mehr zweifelhaft sein, und kein selbstlicher Wunsch lebe im Saarloot als der, diese Entscheidung bereits einige Jahre vorher herbeigeführt zu sehen.

Am Sonntag hatte sich eine große Zahl geladener Gäste im städtischen Saalbau zu dem eigentlichen Festakt versammelt. Außer den Spitzen aller Behörden bemerkte man verschiedene deutsche Bürgermeister, die bereits zu der morgen hier stattfindenden Vorstandssitzung des Deutschen Städtetages eingetroffen sind. Bemerkenswert auch die Anwesenheit des saarländischen Mitglieds der Regierungskommission, K o h m a n n, während die übrigen Mitglieder der Regierungskommission, der französische Vorkommissar Raul, der Belgier Lambert, der Kanadier Steffens und der Tschechoslowake Bezenski, wie es heißt, das Saargebiet während der Festtage verlassen haben. Nach musikalischen Darbietungen hielt der Erste Vorsitzende des Festausschusses, Stadtschulrat Bongard, die Festrede, in der er, ausgehend von dem Gedanken, daß wir klar und bewußt auf dem Boden des Versailler Vertrages stehen und gerade darum unser Deutschtum hochhalten, einen Rückblick auf die geschichtliche Entwicklung der Zusammengehörigkeit zwischen dem Rheinlande und Deutschland warf.

Moskauer Prozeß gegen Deutsche.

Beschuldigung: Attentatspläne.

In Moskau beginnt am 24. d. M. die Gerichtsverhandlung gegen die deutschen Studenten Kindermann, Dittmar und Wollsch. Diese Studenten aus Westdeutschland sind schon vor längerer Zeit nach Rußland gegangen. Es ist ihnen von dort Fälschung von Empfehlungsschreiben der KPD nachgesagt worden.

Die Anklageschrift, die drei Punkte enthält, macht den Angeklagten zunächst die Mitgliedschaft zu einer Organisation zum Vorwurf, deren Ziel die Zerstörung der Kräfte Sowjetrußlands und seiner Regierung gewesen sei. Im zweiten Punkte werden sie der Vorbereitung von Terrorakten gegen Sowjetführer, insbesondere gegen Stalin und Trozki, und im dritten Punkte des Versuchs beschuldigt, Kennnisse Sowjetrevolutionärer (?) Organisationen zu erlangen. Die Angeklagten behaupten, Kommunisten zu sein. Sie hätten Sowjetrußland studienhalber besucht und hierbei eine Reihe von Sowjetmitarbeitern kennen gelernt. Nach der Anklageschrift soll Dittmar sich aller ihm zur Last gelegten Handlungen schuldig erklärt haben. Um dieses „Gesandnis“ richtig zu bewerten, müßte man erst wissen, wie Dittmar in der Subjanka Nr. 2 oder 14, den Gefängnissen der G.P.U. (Tscheka) behandelt worden ist.

Der neue Seine-Generalrat.

60:60 oder 59:61?

Paris, 22. Juni. Die Anzahl der Mitglieder des Generalrats des Seine-Departements, der sich bisher aus 102 Mitgliedern zusammensetzte, und zwar aus 80 Municipalräten der Stadt Paris und 22 Generalräten der Pariser Vorortgemeinden, ist, wie seinerzeit gemeldet, auf 120 Mitglieder erhöht worden, und zwar dadurch, daß anstatt der 22 bisher zu wählenden Generalräte für die Vorortgemeinden angesichts des Bevölkerungszuwachses nunmehr 40 Generalräte für die Vorortgemeinden zu wählen sind. Diese Nachwahlen haben am 14. Juni stattgefunden. Im ersten Wahlgang konnten nur 21 Sitze verteilt werden, während für die übrigen 19 Stichwahlen notwendig wurden, die gestern vorgenommen wurden. Die Wahlbeteiligung war außerordentlich gering, von rund 177 500 Wahlberechtigten haben nur 97 000 von ihrem Stimmrecht Gebrauch gemacht. Das Ergebnis der Nachwahl dieser 40 Generalräte stellt sich unter Berücksichtigung der beiden Wahlgänge vom 14. und 21. Juni wie folgt: Acht kommunistische Sozialisten (Unabhängige, die bisher mit dem Linksbund zusammengingen), sechs Kommunisten, neun Sozialisten, fünf Radikale, ein sozialistischer Republikaner und zehn Vinsrepublikaner. Bisher hatte der Generalrat des Seine-Departements eine verhältnismäßig starke rechtsgerichtete Mehrheit. Nach dem „Quotidien“ hat die Wahl nunmehr ergeben, daß sich sechzig Mitglieder des Generalrats zu den Vinsrepublikanern zählen, darunter allerdings auch die Kommunisten, während 60 Mitglieder des Generalrats dem nationalen Block angehören. Nach dem „Journal“ soll der nationale Block mit 61 Stimmen seine Mehrheit im Generalrat erhalten haben. „Deuxre“, das am vorigen Sonntag auf Grund des ersten Wahlganges damit gerechnet hat, daß die bisherige Mehrheit auf die Vinsparteien übergehen würde, führt die Tatsache, daß dies nicht geschehen ist, auf die geringe Wahlbeteiligung zurück. Der neue Generalrat wird am 24. Juni zusammentreten.

Erwerbslosenaufmarsch in London.

Eine Nielsenkundgebung.

London, 22. Juni. (WZ.) Gestern fand auf dem Trafalgar Square eine riesige Kundgebung gegen die Arbeitslosigkeit statt, die von den Gewerkschaften und anderen Arbeiterverbänden veranstaltet wurde. Demonstrationzüge marschierten mit Musikkapellen und Fahnen von sechs Punkten der Peripherie Londons nach dem Trafalgar Square, wo gleichzeitig von drei Rednertribünen aus Ansprachen gehalten wurden. Die Kundgebung verlief in vollster Ordnung. Es wurde eine Resolution angenommen, in der die Regierung aufgefordert wird, zur Steuerung der Arbeitslosigkeit eine Behörde einzurichten, die durch Erschließung aller Hilfsquellen des Landes für die Allgemeinheit Arbeitsmöglichkeiten schaffen soll, ferner alle Schritte zur Unterstützung des internationalen Handels zu unternehmen, vor allem sofort die Verhandlungen mit der russischen Regierung zur Förderung des Handels mit Rußland wieder aufzunehmen.

Sonnenwendfest des Arbeiter-Kultur-Kartells.

Störungen durch das schlechte Wetter.

Trotz regengrauem Himmel, der aus unendlicher Fülle immer wieder Schauer herniedergoß, fand sich eine große Schar Unentwegter, Junge und Alte, zusammen, um in den Gosener Bergen die Sonnenwende zu begehen. Wie kaum ein anderer Platz sind die Gosener Berge zu Rassenfestspielen geeignet. Eine erstaunlich gute Akustik und außerordentliche Möglichkeit für die Entfaltung der Regie. Dieses Naturtheater sollte öfters zum Kulstplatz für das moderne Proletariat werden, so wie es auch in der Nacht zum 21. Juni zum Zeugen einer erhebenden Feier wurde. Es ließe sich viel sagen über Rassenkunst. Vor allem müßte für die vorhandenen Kräfte auch immer ein gegebenes Rassenpiel vorhanden sein, das allen Wirkungen, die Masse und Platz geben können, auch herausholt. In vereinter Wirkung von Musik, Gesang, Sprechchor, Bewegung, Einzelstimmen und dramatischer Spannung müssen, sei es in ernstem oder frohem Gestalten, sich zu Einem verschmelzen und so den Zuhörer innerlich ergreifen und aktivieren. Ein kleinliches bureaukratisches Sparen und Messen mit alten Maßstäben, eine unpsychologische Einstellung Künstlern und Massen gegenüber wäre verderblich.

Das Sonnenwendfest des Arbeiter-Kulturkartells zeigte verheißungsvolle Ansätze. Arbeiterchöre, Sprechchor für proletarische Feiertage, eine leider etwas spärliche Musik und Einzelsprecher erzielten öfters eine außerordentlich tiefe Wirkung. Durch die von den Höhen nach unten zusammenströmenden Fackelzüge und das Anbrennen des Holzstoßes wurde eine Steigerung erzielt, die der in moderne Formen gegossene und doch so alten Kulthandlung eine erschütternde unvergängliche Weiße gaben.

Der Ausbau der Veranstaltung.

Die ein eigenes, für diese Feier geschriebenes Festspiel vermissen ließ, war dennoch außerordentlich geschickt. Aus vorhandenem wurde verstanden, eine sich steigende Wirkung zu erzielen. Nachdem der Arbeiter-Sängerbund das Lied vom heiligen Feuer gesungen,

Feuchter Sommersanfang.

Gestern war Sommersanfang. Und das Wetter war auch danach. Frühmorgens regnete es in Strömen. In den Vormittagsstunden klarte es auf, um am Abend mit einem Guß von unheimlicher Heftigkeit abzuschließen. Trotzdem ließ sich der Berliner nicht verdrängen. Zehntausende pilgerten ins Grüne, und weitere Zehntausende feierten in der Sonntagsnacht auf den Bergen unter dem düsteren, dunkelroten Feuer der Fackeln das alte Fest der Sonnenwende. Auf den Spree- und Havelgewässern war Segel- und Ruderbetrieb, ungeachtet des wenig freundlichen, regnerischen Wetters, in vollem Betrieb. Auch die Gastwirtschaften der näheren Umgebung konnten sich über die materiellen Ergebnisse des ersten Sommerfestes nicht beklagen. Nur die Direktoren der Berliner Theater werden am gestrigen Abend bei der Rassenaufnahme mit gemischten Gefühlen auf diesen Sonntag zurückgedacht haben. Der Theaterbesuch war ein recht mäßiger. Möglich, daß daran das wenig erfreuliche Programm, möglich, daß auch die Abneigung des Publikums gegen sommerlichen Theaterbesuch die Schuld trägt. Den Ernstausblicken kann man zu Sommerbeginn eine wesentlich günstigere Prognose stellen, als es noch vor 14 Tagen der Fall sein konnte. Der ergiebige Regen hat, wenn nicht Wunder, so doch Erstaunliches bewirkt. Viel Schaden, den die Trockenheit angerichtet hatte, ist durch die Regengänge wieder gutgemacht worden.

Rechtens ist in nächster Zeit mit einer sehr wesentlichen Besserung des Wetters zu rechnen. Aller Voraussicht nach wird im Juli mit sehr vielen sonnigen, heißen Sommertagen zu rechnen sein.

Die Abrundung der Projekte in Gastwirtsbetrieben.

Vom Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angebotenen wird uns geschrieben: Von Zeit zu Zeit erscheinen in der Tagespresse immer wieder Notizen, die Beschwerde darüber führen, daß das Bedienungspersonal in Gastwirtsbetrieben unsäuerliche Manipulationen mit dem Abrunden der Projekte vornimmt. Seinerzeit hatte auch das Polizei-Präsidium Abt. B. in einer Warnung darauf hingewiesen, daß ein solches Vorgehen als Leistungswaher betrachtet werde. Die Verhandlungen mit dem Polizei-Präsidium hatten das Ergebnis, daß festgestellt wurde, daß eine Abrundung auf volle 5 bzw. 10 Pfennig nach oben und unten zu Anständen keinen Anlaß gibt, daß aber die Abrundung und noch dazu nach oben auf jeden einzelnen Teil der Jede unweigerlich strafrechtlich verfolgt wird. Zwischen dem Zentralverband der Hotel-, Restaurant- und Café-Angebotenen, als der für Berlin tarifierenden Arbeitnehmerorganisation, und dem Arbeitgeberverband im Gastwirtsberwerb Berlin haben Verhandlungen geschwebt, um eine Regelung bzw. einheitliche Aufassung herbeizuführen, insbesondere auch um ungerechtfertigte Entlohnungen von Angestellten zu vermeiden. Die Tarifparteien konnten naturgemäß zu einer Regelung nicht kommen, da rein rechtlich durch die Beteiligten nicht über den dritten Kontrahenten, in diesem Fall den Gast, verfügt werden kann. Da aber andererseits praktisch ein Pfennigrechnung in Norddeutschland, insbesondere in Berlin nicht durchführbar erscheint und nur zu neuerlichen Differenzen führt, ist es notwendig, das Publikum darauf hinzuweisen, daß die maßgebenden Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Gastwirtsberwerb sich darüber einig sind, daß die Projekte des Bedienungspersonals nur auf die Gesamtmenge aufzuschlagen sind und daß dabei die überschüssenden Projekte bis 2 Pfennig nach unten und von 3 Pfennig an nach oben auf volle 5 bzw. 10 Pfennig abzurunden sind. Das Publikum der Berliner Gastwirtsbetriebe wird dringend gebeten, für die Durchführung dieser Form der Berechnung der Projekte auch von sich aus zu sorgen. Gegen jede andere Abrundung, insbesondere gegen Berechnung nach oben abgerundeter Projekte auf einzelne Facheile wird das Publikum gebeten, vorzugehen und die betreffenden Arbeitnehmer dem Arbeitgeber zur Kenntnis zu bringen, damit gegen die Betreffenden vorgegangen werden kann. Die Arbeitnehmer-Organisation im Gastwirtsberwerb glaubt mit dieser Veröffentlichung allen Beteiligten, insbesondere aber dem Publikum einen Dienst zu erweisen und in seinem Interesse tätig zu sein.

Wieder ein Jag mit Steinen beworfen. Gestern Sonntag nachmittag wurde ein vollbesetzter Stadtbahnzug, der von Adlershof nach Berlin fuhr, in der Höhe des Birtenweges von drei jungen Burschen mit Steinen beworfen. Mehrere Scheiben wurden zertrümmert. Glücklicherweise wurde niemand verletzt, trotzdem die Abteile dicht besetzt waren. Dieser Vorgang wurde nicht nur von den Fahrgästen beobachtet, sondern auch von Spaziergängern, die in der Nähe der jungen Burschen standen. Trotz der Zurufe der Fahrgäste wurden die Übeltäter nicht festgesetzt. Auf dem Bahnhof Niederschöneweide-Johannisthal wurde die Polizei benachrichtigt, die sofortige Streife blieb aber erfolglos. Wie in allen diesen Fällen, ist von der Eisenbahnerverwaltung auf die Ergreifung der Burschen eine Belohnung ausgesetzt. Mitteilungen an das Dezernat I der Bahndirektion.

In unserer Notiz in der Sonnabend-Abendausgabe des „Vormärts“ unter der Spaltenüberschrift „Der lausnämische Einläufer der Schupo“ listet uns das Polizei-Präsidium, mitzutellen, daß der genannte Polizeikommandant Reibhake bereits Anfang 1933 aus der Schupozeit ausgeschieden ist.

sprach der Sprechchor mit Inbrunst die „Erlösung“ von Br. Schönlan. Die Vertreter der fünf Erdteile, das waren fünf Fackelzüge, kamen von den Höhen und vor einem feurigen Stern sprachen die Einzelstimmen die „Grenzlose Erde“ von Max Baribel, einen Song auf die grenzenlose Verbrüderung. Der Holzstoß ward entzündet und der Song der Internationale schwang sich aus Tausenden von Mündern wie eine Verheißung empor. Während der Feier ließ es der Himmel noch bei einem feinen Regen, um es dann in Strömen regnen zu lassen.

Es geht ohne Ende.

Unter Zelten, in Schuppen, in Gasthäusern, unter Bäumen unter primitiven Hütten aus Gartentischen, harrte die in nicht alkoholischen Sinne feuchtfroliche Gemeinde auf eine Regenwende, denn der Sonntag sollte noch so viel bringen. Das Festspiel Morgenmusik, Kinderspiele, Reigentänze, Puppentheater, Hans-Sachs-Spiele, Übungen in Luft und Sonne für alle. Doch die Sonne machte nicht mit, als wäre sie verstümmelt gewesen, daß es wieder abwärts mit ihr geht. Sie ließ die Wolken weinen und weinen, daß all diese Verheißungen am anderen Vormittag abgefragt werden müßten. Die Arbeiteramariter brachen ihre Zelte ab, ein großer Teil der Uebernächtligten und Durchnähten zog heimwärts; doch siegreich starrten immer noch rote und schwarzrotgoldene Fahnen der Ausdauernden und frisch sang der junge Chor Volks- und Kampflieder. Die Uusharrenden wurden mit einem etwas besseren Sonntagsnachmittagswetter gefront, was bei diesen Optimisten sicherlich sommerliche Gefühle auslöste.

Es ist sehr zu bedauern, daß die Ungunst der Witterung einen Fortgang dieses Festes verhinderte. Aber eines ist gewiß, wenn man auch fragte, jeder freute sich doch, das Sonnenwendfest da draußen begangen zu haben, und so wird es trotz allem Regengrau stark und leuchtend in der Erinnerung bleiben. Das Arbeiter-Kulturkartell aber möge, ständig sich steigend, auf dem verheißungsvollen Wege weitergehen und so den breiten Massen eine Festkultur schaffen helfen.

Feuer in der Lindenmarkthalle.

Eine schlecht gesicherte Kelleranlage.

Ein größeres Feuer beschäftigte heute vormittag die Berliner Feuerwehr in der Linden- und Friedrichstraße 17 bzw. Charlottenstraße, wo die Kellereien der Markthalle in Flammen standen. Das Feuer war nach 8 Uhr, als die Halle voller Besucher war, im Keller unter der Blumenhalle aus unbekannter Ursache, vermutlich durch Fahrlässigkeit ausgekommen und hatte an den dort lagernden Kisten, Körben, Packmaterialien, Stroh und Vorräten aller Art ungemein schnell reiche Nahrung gefunden.

Als die Feuerwehr mit mehreren Zügen unter Leitung des Oberbranddirektors Gempy an der Brandstelle erschien, war der riesengroße Keller, der sich von der Charlotten- bis zur Friedrichstraße und Lindenstraße hinzieht, total verqualmt. Auch die Blumenhalle war vollständig von toten Rauchschwaden, die durch die Luftlöcher eindringen, angefüllt. Da Lebensgefahr bestand, mußte die Blumenhalle und dann die übrige Halle geräumt werden. Infolge der ungemein großen Verqualmung konnten die Rohrführer nur mit Rauchschutapparat ausgerüstet vorgehen. Der Brandherd lag an der Charlottenstraße, unter der Blumenhalle, in der das Feuer an mehreren Stellen emporstach. Als ein geradezu unbegreiflicher Witzstand muß es erscheinen, daß in den Kellereikellereien auch nicht eine einzige Trennungswand (Brandmauer) mit festen Türen vorhanden ist, daß auch keine Regendichtung oder eine ähnliche Einrichtung, die man von außen jederzeit in Bewegung setzen kann, eingebaut ist. Alles ist dort so primitiv wie nur möglich. Die Erfahrungen, die man bei dem großen Kellerbrande der Zentralmarkthalle und in anderen Städten gemacht hat, sind also von der Baupolizei unbeachtet gelassen. Die Feuerwehr stand heute vor der schwierigen Frage, wie der große Brand am schnellsten ohne Gefährdung von Personen gelöscht werden kann. Die Wehr ging von allen Seiten mit B- und C-Röhren vor und setzte gleichzeitig den Brandherd von oben unter Wasser. Es gelang so nach mehrstündiger Tätigkeit das entseffelte Element einzutreiben. Langsam gingen die Flammen zurück.

In einer Luzuspapierfabrik in der Köpenicker Str. 112 war ein Brand vor 8 Uhr bemerkt worden. Als die Züge 1, 4, 5, 7, 8, 17 und 22 erschienen, stand das zweite Geschoh vollständig in Flammen. Diese schlugen bis zum 4. Stock empor. Dem schon anwesenden Personal war der Ausgang versperrt. Es mußte bis zur Ablosung in den verqualmten Räumen verharren. Die Feuerwehr erbrach die verschlossenen eisernen Türen und löschte mit zwei Röhren den Brand, bei dem leider mehrere Feuerwehrleute erkrankten. Die Feuerwehrmänner Hejn und Weid vom 5. Zuge mußten infolge Kohlenoxydgasvergiftung fortgeschafft werden.

Am Sonntag mittag brach ein Großfeuer in der Brangelstraße 83 in einem Uebergebäude nahe der Falkensteinstraße aus und rief dort große Aufregung hervor. Als die Gefahr bemerkt wurde, schlugen die Flammen hell und mit dickem Qualm vernünftig aus dem Dache empor. Der Hof und die Treppenaufgänge waren vom Rauch angefüllt kaum passierbar. Die Feuerwehr erschien mit den Zügen 5, 7 und 8. Sie griff gleich von mehreren Seiten mit vier Schlauchleitungen wirkungsvoll an. Dadurch wurde das entseffelte Element abgeriegelt und auf den Dachstuhl beschränkt. Dieser konnte nicht mehr gerettet werden. Er brannte vollständig nieder. Die angrenzenden Gebäude haben nur wenig gelitten bis auf die oberen Geschosse, die zum Teil durch Wasser gelitten haben. Der Schaden trifft mehrere Mieter recht hart, die nicht versichert sind.

Schwerer Autobusunfall bei Dresden.

Der Dresdener Mandolinensklub „Rigoletto“, der gestern einen Ausflug nach dem Rückertkirchchen unternommen hatte, verunglückte gegen 11 Uhr abends auf der Rückkehr nach Dresden, indem das mit 105 Personen besetzte Lastauto mit Anhänger auf der abschüssigen Staatsstraße nach Geising-Allenberg oberhalb des Zielhauses der S-Bahn in den Straßengraben stürzte. Wie bisher festgestellt wurde, sind etwa 50 Personen mehr oder weniger schwer verletzt worden, die mit dem ersten Frühzuge nach Dresden befördert und zum Teil in die Krankenhäuser übergeführt wurden. Sechs bis acht Schwerverletzte liegen noch in der Geisinger Krankenstube, da sie nicht transportfähig sind. Tote sind bisher nicht gemeldet. Die Geisinger Sanitätskolonne des Roten Kreuzes und die Feuerwehr waren sofort zur Stelle und leisteten die erste Hilfe.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Abstung! Dienstag, den 30. Juni, abends, öffentliche Protestversammlungen gegen den Zoll- und Brotsteuer. Aus diesem Grunde sind etwa geplante anderweitige Veranstaltungen der Partei zu unterlassen. Der Bezirksvorstand.

18. Abt. Heute abend 7 Uhr Flugblattverteilung von Kämpfer. Fernsprecher Nr. 3, aus.

Jugendveranstaltungen.

Abstung, Musiker und Chor! Die Übungsstunde fällt heute (Montag) aus. Dafür Zusammenkunft am Mittwoch, den 24. Juni, abends 7½ Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3.

